

Pulsnitzer Tageblatt

Heimdrucker 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Klebame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwanzeiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Dorn- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 211

Freitag, den 9. September 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Ueber das Vermögen der Firma Schulze & Co., G. m. b. H. in Ohorn wird heute am 8. September 1927, vormittags 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Gerichtsvollzieher i. R. und Lokalkichter Ehrig in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 26. September 1927 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 122 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 7. Oktober 1927, vormittags 10 Uhr

Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz

der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht dem Konkursverwalter bis zum 26. September 1927 anzeigen.

Amtsgericht zu Pulsnitz, am 8. September 1927.

Auf Blatt 332 des Handelsregisters, die Firma Ewald Senf in Großröhrsdorf betreffend, ist heute eingetragen worden:

Der Fabrikant Bernhard Ewald Senf in Großröhrsdorf ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Martin Willibald Senf in Großröhrsdorf führt das Handelsgeschäft und die Firma allein fort

Amtsgericht Pulsnitz, am 8. Septbr. 1927

Das Wichtigste

In der heute in Berlin stattfindenden Finanzminister-Konferenz, die sich mit der Besetzung der Besetzung befassen wird, nehmen von sächsischer Seite Finanzminister Weber und Innenminister Dr. Apelt teil.

Nach Meldungen aus Cornua wird Courtney den Weiterflug über den Atlantik wahrscheinlich aufgeben.

Zu Genf macht sich eine zunehmende Unzufriedenheit der kleinen Staaten mit der Völkerbundpolitik der Großmächte bemerkbar.

Der preussische Ministerpräsident hat in einer scharfen Rede in Altona gegen den Reichswehrminister noch wegen der Flaggfrage Stellung genommen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz (Junghänel-Sänger.) Die Original-Dekar Junghänel-Sänger geben heute, abends 8 Uhr, im Hotel Schützenhaus eine ihrer beliebten Vorstellungen mit einem vollständig neuen, noch nie gehörten Familienprogramm. Der Besuch ist diesmal ganz besonders zu empfehlen, sodaß man Gelegenheit hat, ein ganz ausgezeichnetes Programm zu hören. Wer also die Alttagssorgen einmal vergessen will, gehe zu den Junghänel-Sängern.

— (Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer.) Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer teilt mit, daß die seit längerer Zeit laufenden Erörterungen über die Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer durch einen Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates einen Abschluß gefunden haben, und zwar hat man sich für die Ausgestaltung der bestehenden Pauschalsteuer unter Neuregelung des Steuermaßstabes ausgesprochen. Für Lastkraftwagen, Omnibusse und Zugmaschinen wurde als Steuermaßstab das Gewicht beibehalten. Der immer wieder angeregte Gedanke der Einführung einer Zuggiersteuer als Wegeabgabe wurde dagegen abgelehnt.

— (Schußvorschriften für das Jagdjahr 1927/28.) Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer erfährt, daß auch für das Jagdjahr 1927/28, das am 1. September begonnen hat, der Abschluß von Rehwild auf Treibjagden vom Wirtschaftsministerium verboten ist. Als Treibjagden gelten auch weiterhin solche Jagden, bei denen das Aufstöbern und Zutreiben des Wildes ausschließlich durch Hunde erfolgt. Für weibliches Rehwild können Ausnahmen bewilligt werden, wenn die Landes- und Forstkultur, sowie der Wildbestand es erfordern.

— (Weniger Truppenstandorte!) Wie wir hören, schweben im Reichswehrministerium Erörterungen über die Verringerung der Zahl der Truppenstandorte durch Zusammenlegung getrennt liegender Truppenteile. Die Erörterungen sind noch im Anfangsstadium, so daß sich zurzeit noch nicht übersehen läßt, welche Orte davon betroffen werden.

— (Anzeigen deutlicher schreiben.) Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts braucht für Fehler in einer Anzeige, welche infolge unleserlicher oder undeutlich geschriebenen Manuskriptes entstanden sind, kein Ersatz geleistet zu werden. Das Reichsgericht ging hierbei von der Ansicht aus, daß Anzeigen, die man einer Tageszeitung zuwendet, deutlich geschrieben sein müssen.

— (Gute Beschäftigung im sächsischen Baugewerbe.) Die Arbeitslosigkeit im sächsischen Baugewerbe beträgt nach der letzten Erhebung vom 29. August 1,6 Prozent, ist also gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben. 1054 Bauarbeiter sind noch erwerbslos.

Ein neuer Paktvorschlag der Großmächte

Die polnische Resolution völlig umgearbeitet — Mißstimmung der kleinen Staaten

Warschau unterbreitet einen neuen Vorschlag — Die deutsche Delegation lehnt die neuen polnischen Vorschläge ab — Keine deutschen Ozeanflüge in diesem Jahr — Höchstbezugsdauer in der Erwerbslosenfürsorge — Sir John Carling auch verloren

Genf. Aus dem ursprünglichen polnischen Paktvorschlag ist in den Besprechungen der Delegationsführer und der Juristen etwas ganz anderes geworden. Der polnische Vorstoß ist von dem Außenminister der großen Mächte aufgefangen und

in eine sehr allgemeine Resolution umgewandelt. Die Polen hatten ursprünglich die Absicht, entweder direkt auf ein Ostlocarno zuzumachen, oder wenigstens beim Völkerbund eine Resolution durchzusetzen, die einen Ersatz für ein Ostlocarno mit mehr oder minder direkter Garantie der polnischen Grenzen bilden sollte. Die Polen wollten weiter die Lücke, die die Völkerbundfugung in Artikel 15 Abs. 7 mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges nach einem Scheitern der Vermittlung des Völkerbundes hat, ausfüllen.

Weshalb Briand und Chamberlain den polnischen Vorschlag ablehnten.

Briand und Chamberlain, die beide gerne eine allgemeine Resolution mit dem späteren Ziel eines Ostlocarno in Genf gemacht hätten, lehnten die polnische Resolution ab, weil sie fürchteten, womöglich auch einmal ein Opfer dieser Resolution zu werden. Chamberlain fürchtet seit dem Genfer Protokoll jede Ausdehnung der Völkerbundfugungen. Briand ist zu stark an Chamberlain gebunden, um noch den ursprünglich in Paris ausgeheckten Plan einer allgemeinen Resolution mit späterem praktischem Ostlocarno verfolgen zu können, dem Chamberlain energisch widersprach. Dazu kam, daß in den Besprechungen zwischen Chamberlain, Briand und Stresemann

der deutsche Außenminister ein Ostlocarno sehr scharf ablehnte

und der französische und englische Außenminister erkennen mußten, daß sie vorläufig keine Möglichkeit hätten, auf diesem Wege weiterzukommen. So hat man sich schließlich bei der französischen und englischen Delegation entschlossen, die polnische Resolution auf eine allgemeine Friedensresolution umzubiegen.

Die Resolution gibt auch in der Frage des zum Zwecke der Verteidigung unternommenen Krieges und in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit noch eine relativ große Handlungsfreiheit. Das ist auch der Grund gewesen, daß die deutsche Delegation zu dem einmütigen Beschluß kam, der Resolution zuzustimmen.

Der Wortlaut der neuen Resolution.

Der Wortlaut der von der juristischen Kommission abgeänderten Resolution ist folgender:

Die Vollversammlung des Völkerbundes erkennt die Souveränität an, die die internationale Gemeinschaft einigt. Sie ist besetzt von dem besten Willen, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern. Sie stellt fest, daß der Angriffskrieg niemals als Mittel zur Regelung der Differenzen zwischen den Staaten dienen darf und daß er infolgedessen ein internationales Verbrechen bedeute. Sie ist der Ansicht, daß ein feierlicher Verzicht auf jeden Angriffskrieg aus natürlichen Gründen eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens schaffen würde, die dem Fortschritt der Arbeiten mit dem Ziel der Abrüstung von Nutzen ist. Infolgedessen erklärt die Vollversammlung des Völkerbundes:

1. Jeder Angriffskrieg ist und bleibt verboten.

2. Alle friedlichen Mittel müssen zur Regelung von Differenzen angewandt werden, welcher Art sie auch seien, sobald sie zwischen den Staaten entstehen.

3. Die Vollversammlung des Völkerbundes erklärt, daß für die Mitglieder des Völkerbundes die Verpflichtung besteht, sich an diese beiden Grundsätze zu halten.

Die Resolution hat insofern Bedeutung, als sie eine nochmalige, feierliche, politische Verpflichtung zum Frieden darstellt. Insbesondere verpflichtet sich damit Deutschland, was man nicht übersehen darf, dazu, nicht etwa mit Mitteln der Gewalt eine Veränderung seiner Grenzen im Westen oder Osten zu versuchen.

Der polnische Delegierte bekommt neue Instruktionen aus Warschau.

Der polnische Delegierte Sokal hat, nachdem die polnische Resolution eine sehr weitgehende Änderung erfahren hat, sich für verpflichtet gehalten, um Instruktionen in Warschau nachzusuchen.

Die holländischen Delegierten haben mitteilen lassen, daß sie nicht in der Lage sind, der Resolution in der veränderten Fassung zuzustimmen, und daß sie an ihrem Vorschlag unbedingt festhalten werden. Mehrere andere kleine Staaten sind diesem Beispiel Hollands gefolgt.

Front der kleinen Staaten

gegen die Großmächte.

In der Vollversammlung hat die Begeisterung für das Genfer Protokoll bei den Rednern eine große Rolle gespielt. Abgesehen von dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, der eine ganz bedeutungslose Rede verlas, trat der norwegische Delegierte Hambro in einer temperamentvollen Rede für das Genfer Protokoll und für den holländischen Vorschlag ein. Er griff den Völkerbund an, der seine Entscheidungen im Geheimen treffe und der von den Großmächten beherrscht sei. Die gleichen Worte und Gedanken wählte der Delegierte Griechenlands, Politis, einer der Schöpfer des Genfer Protokolls. Er erklärte, daß das Genfer Protokoll noch nicht tot sei. Der Völkerbund sei nur dazu da, den Frieden vorzubereiten, nicht ihn zu schaffen.

Es ist nicht zu verkennen, daß eine starke Gruppe in der Versammlung, vor allem die Vertreter der kleinen Staaten, immer wieder das Bestreben zeigt, doch noch zu Verhandlungen über das Genfer Protokoll zu kommen. Es ist so im Völkerbund eine starke Mißstimmung gegen die Großmächte aufgetreten.

Warschau unterbreitet einen neuen Vorschlag.

Pilsudski will auf Umwegen zum Ostlocarno. Genf. Die polnische Delegation hat am 8. September der deutschen, der englischen und der französischen Delegation einen neuen Resolutionsvorschlag unterbreitet. Die Delegationen sind sofort zur Prüfung des neuen Vorschlages zusammengetreten. Alle bisherigen Entwürfe sind infolgedessen bereits als überholt anzusehen. Im Laufe des Abends traten die juristischen Sachverständigen der Delegationen zur Prüfung des neuen Vorschlages zusammen.

Von italienischer Seite wurde in einer Sennerstagssitzung hervorgehoben, daß der Versailler

